



Detailansicht des Registereintrags

Stiftung Bürger für Bürger

Aktuell seit 06.06.2025 18:24:25

Rechtsfähige Stiftung bürgerlichen Rechts

Registernummer:	R001624
Ersteintrag:	25.02.2022
Letzte Änderung:	06.06.2025
Letzte Jahresaktualisierung:	06.06.2025
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation
Kontaktdaten:	<p>Adresse: Augustastr. 1 06108 Halle (Saale) Deutschland</p> <p>Telefonnummer: +4934568893757 E-Mail-Adressen: o.ebert@buerger-fuer-buerger.de Webseiten: www.buerger-fuer-buerger.de</p>

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Öffentliche Zuwendungen, Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

60.001 bis 70.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

0,75

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. Olaf Ebert

Funktion: Vorstandsvorsitzender

2. Dr. Lilian Schwalb

Funktion: Stellvertretende Vorstandsvorsitzende

3. Mamad Mohamad

Funktion: Vorstandsmitglied

4. Susanne Rindt

Funktion: Vorstandsmitglied

5. Michael Marquardt

Funktion: Schatzmeister

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (5):

1. Olaf Ebert

2. Dr. Lilian Schwalb

3. Mamad Mohamad

4. Susanne Rindt

5. Michael Marquardt

Mitgliedschaften (2):

1. Bundesverband Deutscher Stiftungen

2. Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (6):

Sonstiges im Bereich "Bildung und Erziehung"; Gewährleistung gleichwertiger Lebensverhältnisse; Diversitätspolitik; Kinder- und Jugendpolitik; Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen"; Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements und des demokratischen Staatswesens

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Um die Rahmenbedingungen zur Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements und des demokratischen Staatswesens besonders in Ostdeutschland zu verbessern, sind die Vernetzung, der Erfahrungsaustausch und die Kollaboration zwischen unterschiedlichen Akteurinnen und Akteuren aus Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Politik ein wichtiger Teil unserer

Arbeit. Wir beteiligen uns deshalb an Dialog-Veranstaltungen, Positionspapieren oder engagementpolitisch Austauschformaten mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages, wie z.B. dem Deutschen Engagementtag, der Bundesweiten Woche des bürgerschaftlichen Engagements oder der Erarbeitung der Bundesengagementstrategie.

Wir organisieren dazu auch eigene Veranstaltungen wie das jährliche Forum Bürgergesellschaft, das eine Plattform bietet, um aktuelle Themen kontrovers zu diskutieren und Impulse für die Weiterentwicklung von bürgerschaftlichem Engagement zu geben.

Darüber hinaus werden Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern des Bundeskanzleramtes, verschiedener Bundesministerien sowie mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement in Deutschland geführt. Zweck der Interessenvertretung ist es, die Sicht der ehrenamtlich Engagierten und gemeinnütziger Organisationen der Zivilgesellschaft zu vermitteln und Impulse zur Verbesserung der Engagement- und Demokratieförderung in Deutschland zu geben.

Konkrete Regelungsvorhaben (2)

1. Einführung eines Demokratiefördergesetz

Beschreibung:

Eine starke Demokratie lebt von den Menschen, die sie tragen. Um jene, die sich für ein gutes Miteinander engagieren, besser zu unterstützen, hat die Bundesregierung ein Demokratiefördergesetz eingebracht. Es soll Projekte zur Demokratieförderung verlässlich und bedarfsgerecht fördern können und so mehr Planungssicherheit bieten.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/5823 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung von Maßnahmen zur Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung, Extremismusprävention und politischen Bildung (Demokratiefördergesetz - DFördG)

1. Zuständiges Ministerium: BMI (20. WP) [alle RV hierzu]

2. Zuständiges Ministerium: BMFSFJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen" [alle RV hierzu]; Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements und des demokratischen Staatswesen

2. Entwicklung einer neuen Engagementstrategie des Bundes

Beschreibung:

Fast 29 Millionen Menschen in Deutschland engagieren sich freiwillig. Mit einer neuen Engagementstrategie des Bundes soll dieses Engagement langfristig gestärkt werden.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/14121 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Engagementstrategie des Bundes

Zuständiges Ministerium: BMFSFJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements und des demokratischen Staatswesen

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (6):

1. Bundesamt für zivilgesellschaftliche Aufgaben

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Schleife

Betrag: 330.001 bis 340.000 Euro

Zuwendung für das Modellprojekt "Jugendstil - Teilhabe und Mitgestaltung junger Migranten in Ostdeutschland" im Rahmen des Bundesprogramms "Demokratie leben!", Ko-Finanzierung von der Bundesintegrationsbeauftragten sowie Zuwendung für das Projekt "Actionbounds für Demokratie" im Rahmen des Bundesprogramms "Demokratie leben!"

2. Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Neustrelitz

Betrag: 70.001 bis 80.000 Euro

Zuwendung für das Projekt "Transform Ost - Engagiert für Zusammenhalt"

3. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Nürnberg

Betrag: 60.001 bis 70.000 Euro

Zuwendung für das Projekt "Netzwerkstelle ostmigrantisch engagiert" - Bundesprogramm "Gesellschaftlicher Zusammenhalt"

4. Land Sachsen - Anhalt

Deutsche Öffentliche Hand – Land

Magdeburg

Betrag: 20.001 bis 30.000 Euro

Ko-Finanzierung zum Projekt "JUGENDSTIL", Ko-Finanzierung zum Projekt "Actionbounds für Demokratie"

5. Der Ostbeauftragte der Bundesregierung - BAFA

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 110.001 bis 120.000 Euro

Projektförderung "Entwicklung, Aufbau und Erprobung eines Gemeinschaftsfonds zur Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements in Ostdeutschland" (Projektzeitraum 15.04.2024 bis 14.10.2025)

6. Land Brandenburg

Deutsche Öffentliche Hand – Land

Potsdam

Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro

Ko-Finanzierung für das Modellprojekt "JUGENDSTIL - Teilhabe und Mitgestaltung junger Migrant*innen in Ostdeutschland"

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

820.001 bis 830.000 Euro

Beträge über 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (4):

1. ZEIT Stiftung Bucerius

Betrag: 210.001 bis 220.000 Euro

zweckgebundene Zuwendung zum Aufbau der Gemeinschaftsinitiative Zukunftswege Ost

2. Robert Bosch Stiftung

Betrag: 140.001 bis 150.000 Euro

zweckgebundene Zuwendung zum Gemeinschaftsfonds Zukunftswege Ost zur Förderung von Bürgerschaftlichem Engagement für Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt in Ostdeutschland

3. Deutsche Bank Stiftung

Betrag: 90.001 bis 100.000 Euro

zweckgebundene Zuwendung zum Gemeinschaftsfonds Zukunftswege Ost zur Förderung von Bürgerschaftlichem Engagement für Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt in Ostdeutschland

4. drosos Stiftung

Betrag: 100.001 bis 110.000 Euro

zweckgebundene Zuwendung zum Aufbau des JugendEngagementFonds - Zukunftswege Ost

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

[Jahresabschluss-2024.pdf](#)